

Deutschland steht für 148 Milliarden Euro ein

Rettungspaket für die Währung passiert Bundestag und Bundesrat – Verfassungsbeschwerde eingelegt

VON ALESSANDRO PEDUTO

Berlin. Rund acht Jahre nach Einführung des Euro als Zahlungsmittel ist der Weg frei für eine deutsche Beteiligung am milliardenschweren Schutzschirm für die Gemeinschaftswährung. Im Eilverfahren gaben gestern Bundestag und Bundesrat ihre Zustimmung für das Rettungspaket. Auch Bundespräsident Horst Köhler hat es gestern unterschrieben.

Das Gesetz hat ein Gesamtvolu-

men von 750 Milliarden Euro und stellt damit die größte Hilfsaktion in der Geschichte des gemeinsamen Währungsraumes dar. Der deutsche Anteil an den Kreditgarantien für Euro-Länder, die von Zahlungsunfähigkeit bedroht sind, liegt bei maximal 148 Milliarden Euro. Der Schutzschirm soll angewendet werden, falls nach Griechenland ein weiteres Mitglied der Eurozone in Schieflage gerät. Bei der namentlichen Abstimmung im Bundestag gaben 319 Abgeordnete der Regie-

rungsfractionen von Union und FDP ihre Zustimmung. 73 Abgeordnete votierten dagegen, darunter vornehmlich Parlamentarier der Linken, aber auch der sächsische CDU-Abgeordnete Manfred Kolbe. Seine Fraktionskollegin Veronika Bellmann aus Freiberg enthielt sich, ebenso die Grünen sowie die Mehrheit der SPD. Der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler legte gestern Verfassungsbeschwerde ein. Auch er hatte gegen das Gesetz gestimmt.